

Stand. 10 punkt

Januar 2014

Diskussionsimpulse und Konzepte des Landesbüros Hessen der Friedrich-Ebert-Stiftung

Kurswechsel in Europa

Weniger Wirtschaftsgemeinschaft, mehr Europa der Bürgerinnen und Bürger

Otto Schmuck*

AUF DEN PUNKT GEBRACHT

Seit Jahren schwindet die Zustimmung zur europäischen Einigung (2007: 52 %, 2013: 30 %). Die Gründe sind vielfältig. Zeit für einen Kurswechsel!

1. Die EU muss der Sozialpolitik einen deutlich höheren Stellenwert geben, sie muss den gleichen Rang haben wie Binnenmarkt und Wettbewerb.
2. Die EU darf sich nicht in alles einmischen. Die Subsidiarität im Verhältnis zu den Mitgliedstaaten muss stärker berücksichtigt werden.
3. Der Entscheidungsprozess muss demokratischer und transparenter werden. Die Stärkung des Europäischen Parlaments ist von größter Wichtigkeit.
4. Die EU muss genutzt werden, um die Globalisierung zu gestalten und den außenpolitischen Einfluss Europas zu stärken.
5. Ziel muss es auch sein, die EU als Wertegemeinschaft weiter zu entwickeln.
6. Das Bild Europas in der Öffentlichkeit muss verbessert werden. Hierzu können auch die Landesregierungen einen wichtigen Beitrag leisten. Die Vorteile durch die EU-Mitgliedschaft müssen in den Regionen, so auch in Hessen, offen kommuniziert werden.

Die meisten Forderungen können im Rahmen der bestehenden Verträge verwirklicht werden. Dazu bedarf es eines verstärkten politischen Engagements aller Beteiligten, auch der Landesregierungen, sowie ein starkes, fortschrittliches Europäisches Parlament nach der Europawahl im Mai 2014.

Schwindende Unterstützung für das europäische Projekt

Die Gründe für diesen Stimmungsumschwung sind vielfältig. Seit nunmehr mehr als fünf Jahren sind die EU-Staaten mit einer Krise konfrontiert, die weltweit wahrnehmbar ist, aber sehr direkt mit Europa in Verbindung gebracht wird. Die vielfältigen Maßnahmen der EU-Staats- und Regierungschefs zur Überwindung der Krise wurden und werden demgegenüber vielfach als halberzig, zögerlich und sozial unausgewogen wahrgenommen.

Die Vorteile des geeinten Europas – Friedenssicherung, offene Grenzen, wirtschaftliche Vorteile durch den Binnenmarkt und vieles andere mehr – werden demgegenüber als selbstverständlich angesehen. Beispielsweise im Bereich Verbraucherschutz hat die EU wichtige Verbesserungen durchgesetzt. Flugreisen, Gespräche mit Mobiltelefonen und grenzüberschreitende Überweisungen wären ohne die Vorgaben aus Brüssel heute viel teurer. Zudem leistet die EU einen wichtigen Beitrag zur regionalen Strukturförderung. Auch Hessen profitiert in sehr direkter Weise von der EU. Das Land hat im Zeitraum 2007 – 2013 Unterstützungsleistungen in Höhe von insgesamt fast einer Milliarde Euro aus den verschiedenen Fördertöpfen erhalten:¹ Darüber hinaus sind jährlich weitere rund 235 Millionen Euro an Direktzahlungen für

* Die Ausführungen und Schlussfolgerungen sind vom Autor in eigener Verantwortung vorgenommen worden.

die Landwirte in Hessen zu berücksichtigen. Dies alles belegt eindrucksvoll, dass Hessen wie auch die anderen Länder und Regionen in Europa in direkter Weise von den Programmen und Projekten der EU profitieren kann. Doch ist dies den Menschen häufig kaum bewusst.

In der öffentlichen Wahrnehmung stehen die Negativmeldungen aus Brüssel und die häufig allzu kleinteiligen EU-Regelungen im Vordergrund. Im Ergebnis wird die EU von den Menschen vielfach nicht als etwas wahrgenommen, was ihnen nützt, sondern als Bedrohung für den erreichten materiellen und sozialen Besitzstand.

Zeit für einen Kurswechsel – Sechs Reformbereiche

In dieser Situation muss entschieden gegengesteuert werden: Die EU muss sich auf ihre Stärken besinnen und zu einem Europa der Bürgerinnen und Bürger werden. Notwendig sind Reformen in sechs Bereichen:

1. Sozialen Anliegen mehr Gewicht geben

Die EU muss in ihrem Handeln der Sozialpolitik einen deutlich höheren Stellenwert geben. Soziale Anliegen müssen zumindest den gleichen Rang haben wie Binnenmarkt und Wettbewerb. Den Menschen muss klar werden, dass Europa keine Gefahr, sondern eine Chance für den sozialen Grundkonsens und die gelebte und organisierte Solidarität in unseren Gesellschaften darstellt.

Notwendig ist die Einfügung einer sozialen Fortschrittsklausel im EU-Recht. Diese muss sicherstellen, dass soziale Grundrechte gegenüber den Marktfreihheiten im Europäischen Binnenmarkt den gleichen Stellenwert erhalten. Zudem müssen sämtliche EU-Rechtsakte auf ihre sozialen Folgen für die Menschen in Europa überprüft werden.

Die im Zusammenhang mit der Krisenbewältigung vereinbarte einseitige Sparpolitik muss ergänzt werden durch Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen – vor allem für Jugendliche – und die Vereinbarung eines europäischen sozialen Stabilitätspakts mit gemeinsamen europäischen Zielen und Vorgaben für Sozial- und Bildungsausgaben.

Lohn- und Sozialdumping muss in der EU wirksam verhindert werden. Die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen europäisch weiter ausgebaut werden, insbesondere auch ihr Streikrecht, das Recht auf Beteiligung und Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen. In Europa muss gelten: gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Ein europäischer Pakt gegen Lohndumping soll dafür sorgen, dass in allen EU-Mitgliedstaaten existenzsichernde Mindestlöhne gelten, wie dies bereits in 20 der 27 EU-Mitgliedstaaten der Fall ist.

Besonders wichtig ist es auch, dass, nationale, regionale und lokale Besonderheiten in der öffentlichen Daseinsvorsorge durch europäische Politik nicht ausgehebelt werden dürfen.

2. Die EU darf sich nicht in alles einmischen

Das EU-Recht umfasst heute mehr als 10.000 Rechtsakte mit einem Umfang von rund 80.000 Seiten. Viele sind technischer Natur. Die Subsidiaritätsrügen nationaler Parlamente belegen die Tendenz der EU-Institutionen zur vielfältigen und allzu kleinteiligen Regelungsabsichten. Dies gilt in erster Linie für die Europäische Kommission, die in der EU über das alleinige Initiativrecht in der Gesetzgebung verfügt. Die Liste der kritisierten Gesetzgebungsvorschläge ist lang. Sie reicht von der Festlegung der Breite der Traktorensitze und das Vermarktungsverbot kleiner Äpfel, über das EU-weite Verbot traditioneller Glühbirnen sowie von Mentholzigaretten und den Vorschlag zur Ausschreibung von Konzessionen für die öffentliche Wasserversorgung bis hin zum – inzwischen zurückgezogenen – Vorschlag, Olivenöl in Gaststätten nur in geschlossenen Behältnissen anbieten zu dürfen.

Viele dieser Vorschriften sind in der Sache durchaus sinnvoll, doch müssen die zugrundeliegenden Sachverhalte nicht immer auf der europäischen Ebene geregelt werden. Vielmehr gilt es, die föderale Balance zwischen europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene besser auszutarieren. In den EU-Verträgen ist hier mit der Einführung der Prinzipien von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit der richtige Weg vorgezeichnet. Die EU soll nur dann gesetzgeberisch oder finanziell eingreifen, wenn die nationale, die regionale oder auch die lokale Ebene eine Maßnahme nicht hinreichend gewährleisten kann und die EU-Ebene zudem besser zur Problemlösung geeignet ist. Konkret bedeutet dies, dass die EU sich auf die wirk-

lichen europäischen Fragen konzentriert und den unteren Ebenen ihren Handlungsspielraum belässt.

3. Der Entscheidungsprozess muss demokratischer und transparenter werden

Der politische Entscheidungsprozess der EU muss noch transparenter werden. Die EU beruht auf der repräsentativen Demokratie mit Möglichkeiten der direkten Bürgerbeteiligung. Das Handeln des Europäischen Parlaments ist wesentliche Grundlage der demokratischen Ordnung. Es wählt die Kommission und beschließt gleichberechtigt mit dem Rat, über Einnahmen und Ausgaben sowie alle europäischen Gesetze. Bei der EU-Gesetzgebung kommt heute das ordentliche Gesetzgebungsverfahren zur Anwendung, bei dem das Europäische Parlament und der Rat gleichberechtigt zusammenwirken. Im Zentrum der europäischen Einigung soll auch künftig die Gemeinschaftsmethode mit starken Gemeinschaftsinstitutionen stehen. Dies ist für die weitere Entwicklung des Europäischen Parlaments von besonderer Bedeutung.

Neu in der EU ist die mit dem Vertrag von Lissabon im Dezember 2009 eingeführte Europäische Bürgerinitiative. Diese macht es möglich, dass sich eine Million EU-Bürgerinnen und -Bürger unmittelbar an der Entwicklung von Strategien der EU beteiligen, indem sie die Europäische Kommission auffordern, einen Rechtsakt vorzuschlagen. Bisher waren zwei Bürgerinitiativen erfolgreich. Es bleibt abzuwarten, wie die Gemeinschaftsinstitutionen mit den Initiativen im weiteren Verfahren umgehen werden.

4. Globalisierung gestalten – Den außenpolitischen Einfluss Europas stärken

Auch die größeren EU-Staaten haben heute alleine auf sich gestellt kaum noch Einflussmöglichkeiten in der Weltpolitik. Bei der Lösung weltweiter Probleme – egal ob es sich um Klimafragen, um die Rohstoffversorgung, um das Welthandels- und Finanzsystem oder um kriegerische Konflikte handelt – ist zunehmend ein gemeinsames Vorgehen der gesamten Union gefragt. In der Außen- und Sicherheitspolitik zeigt es sich besonders deutlich, dass wir mehr und nicht weniger Europa brauchen. Die EU ist dann stark, wenn sie mit einer Stimme spricht und frei ist von nationalstaatlichen Interessen und Profilierungsbedürfnissen.

5. Die EU als Wertegemeinschaft weiter entwickeln

Die Europäische Union ist gegründet auf die in der Menschenrechtskonvention und der Europäischen Charta der Grundrechte niedergelegten Werte. Diese Werte sind Ziel und Maßstab ihres politischen Handelns. Die kulturelle Vielfalt Europas ist der Reichtum, aus dem europäische Identität wächst. Die Europäische Union fördert und schützt diese kulturelle Vielfalt, die auf der Basis des EU-Wertekatalogs ihre freie Entfaltung genießt. Leider tut sich die EU bisher erkennbar schwer, bei Verstößen einzelner ihrer Mitgliedstaaten – wie im Falle Ungarns – wirksam einzugreifen. Hier müssen wirksamere Instrumente eingeführt und tatsächlich auch genutzt werden.

6. Das Bild Europas in der Öffentlichkeit verbessern

Die Herausbildung einer informierten europäischen Öffentlichkeit ist unerlässlich für die Verwirklichung der europäischen Demokratie. Hierzu gehören eine umfassende europapolitische Berichterstattung sowie ein aktiver Dialog der europäischen Institutionen und Bürger. Auch die politischen Parteien müssen einen Beitrag leisten, indem sie sich zu europäischen Parteien zusammenfinden und Spitzenkandidaten und -kandidatinnen für die europäischen Institutionen vorschlagen.

Die Medien stellen im Hinblick auf die EU gerne das Negative in den Vordergrund, über die Errungenschaften und Vorteile Europas wird aber nur selten berichtet. Auch haben viele nationale und auch regionale Politiker die Neigung, Probleme mit der EU deutlich zu artikulieren, bei gelungenen Projekten die Unterstützungen aus Brüssel jedoch kaum zu erwähnen. Hier muss ein weit reichender Bewusstseinswandel eintreten, die Vorteile müssen deutlich benannt werden. So erhält z.B. das im europäischen Regionenvergleich durchaus reiche Hessen pro Jahr mehr als 275 Millionen Euro aus Brüssel, vor allem zur Unterstützung der Landwirtschaft und zur Förderung des ländlichen Raums, aber auch für Soziales, für Infrastrukturprojekte, zur Partnerschaftsförderung und vieles andere mehr. Darauf muss verstärkt hingewiesen werden, auch von den Landesregierungen.

Schritte zur Verwirklichung

Viele der vorstehend beschriebenen Veränderungen könne im Rahmen der bestehenden Verträge verwirklicht werden. Für einige Vorschläge – beispielsweise für die Einfügung einer sozialen Fortschrittsklausel – müssen jedoch die Verträge verändert werden. Das Verfahren hierfür ist langwierig und mit großen Risiken verbunden, denn alle EU-Staaten müssten zustimmen. Zu erwägen ist in diesem Zusammenhang die Nutzung des Konzepts eines „Europa der zwei Geschwindigkeiten“. Bereits heute gehen die 18 Länder des Euroraums in vielen Fragen konstruktiv voran.

Allerdings werden sich die vorstehend beschriebenen Veränderungen nur durch ein entsprechendes politisches Engagement verwirklichen lassen. Auch die Landesregierungen können hierzu einen Beitrag leisten, etwa durch eine konstruktive Europapolitik im Bundesrat oder durch eine verstärkte europapolitische Öffentlichkeitsarbeit und eine verstärkte Verankerung

des Themas Europa in den Lehrplänen und Curricula von Schulen und Hochschulen.

Für eine zukunftsweisende europäische Politik sind aber vor allem auch Veränderungen der politischen Mehrheitsverhältnisse in den EU-Staaten, aber auch im Europäischen Parlament, das am 25. Mai 2014 erneut gewählt wird, von grundlegender Bedeutung. Heute entscheiden in der EU bei den Gemeinschaftsmaterien der von den nationalen Ministern beschickte Rat und das direkt gewählte Europäische Parlament gemeinsam. Das Initiativrecht liegt bei der Kommission, die vom Europäischen Parlament auf Vorschlag des Europäischen Rates der EU-Staats- und Regierungschefs gewählt wird.

Das Europäische Parlament hat bereits heute in der EU eine Schlüsselstellung inne, deshalb ist es wichtig, dass die Mehrheitsverhältnisse dort so ausgestaltet sind, dass eine Politik im Interesse der europäischen Bürgerinnen und Bürger möglich ist.

1 Zahlenangaben aus: Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa: Hessen für Europa – Europa für Hessen, Wiesbaden 2013, S. 26.

Zum Autor:

Dr. Otto Schmuck ist Leiter der Europaabteilung der Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz in Berlin und Mitglied des Präsidiums der Europa-Union Deutschland.